

## DER ERSTE SCHNEE WIRD NICHT LANGE BLEIBEN

**Wintereinbruch.** Am Montag ist es auch in Wien zum ersten Mal in diesem Herbst weiß geworden. Heute, Dienstag, wird sogar noch etwas Schnee dazukommen. Der Wintereinbruch ist aber nicht von langer Dauer. Bereits ab Mittwoch wird es von Tag zu Tag wieder wärmer. Der Himmel bleibt dennoch grau in grau. Die Wolken werden von einer hartnäckigen Hochnebeldecke abgelöst. Aus heutiger Sicht gibt es erst am Wochenende Chancen auf etwas Sonne. In den Skigebieten jubeln die Touristiker: Dort hat es zwar kaum mehr geschneit als in Wien, dank tiefer Temperaturen laufen aber die Schneekanonen.

BILD: APA/HANS PUNZ



### WELTERBE

## Ist das Projekt am Heumarkt umweltverträglich genug?

**Entscheid.** Vor genau einem Monat hat die Wiener Landesregierung per Bescheid festgehalten, dass für das Hochhausprojekt am Heumarkt keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) notwendig ist. Damit ist jenes Verfahren gemeint, das die Umweltfolgen eines bestimmten Projekts misst. Im Falle des Heumarkts wäre das unter anderem der Abriss des Eislaufvereins sowie die Errichtung eines 66 Meter hohen Wohnturms.

Christian Schuhböck, Generalsekretär der Umweltorganisation „Alliance for Nature“, hält diese Entscheidung für einen Fehler. Weil sich das Areal in der Kernzone einer Welterbestätte befindet, sei seiner Meinung nach – eine derartige Prüfung jedenfalls anzufertigen. Er hat deshalb Beschwerde gegen das Urteil eingebracht. Ob Schuhböck mit seinem Einspruch Recht hat, muss nun das Bundesverwaltungsgericht klären. Bis 27. November liegt der Bescheid noch öffentlich auf.

# KAV als Goldgrube für Berater

**Spitäler.** Auch umstrittenes Einspar-Programm „Sound“ wird weiter großzügig finanziert

VON JOSEF GEBHARD

Um die Finanzen des Wiener Krankenanstaltenverbands (KAV) ist es bekanntlich nicht allzu rosig bestellt: Der Kostenanstieg beim Krankenhaus Nord reißt ein enormes Loch in das Budget, wichtige Bauprojekte in anderen Spitälern werden stetig verschoben, immer wieder müssen Abteilungen wegen Personalmangels gesperrt werden.

Reichlich Geld ist aber weiterhin für die Beauftragung externer Berater vorhanden. Allein im Vorjahr wurden dafür 6,7 Millionen Euro ausgegeben, für die ersten beiden Monate 2018 293.687 Euro. Das geht aus der Beantwortung einer FPÖ-Anfrage durch Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ) hervor.

Welche Firmen von diesen Geldern profitierten, bleibt darin allerdings im

Dunklen. Hacker beruft sich auf die „Vertraulichkeit von Geschäftsbeziehungen“ und die mögliche Beeinträchtigung wettbewerbsrelevanter Vertragsverhältnisse.

„Es handelt sich zu hundert Prozent um Steuergeld, das hier ausgegeben wird“, sagt FPÖ-Gesundheitssprecher Wolfgang Seidl. „Die Steuerzahler haben ein Recht zu wissen, wer wie viel an externer Expertise für den KAV erhält. Hacker ist dringend aufgefordert, hier Transparenz herzustellen.“

### Beauftragte Firmen

Kurioserweise war für seine Vorgängerin Sandra Frauenberger die Vertraulichkeit der Geschäftsbeziehungen kein Problem. Penibel listete sie in einer Anfragebeantwortung für das Jahr 2016 und das erste Quartal 2017 die einzelnen Auftragnehmer auf. Demnach

floss der Löwenanteil der Ausgaben (5,8 Millionen Euro) an die Beraterfirma Accenture für ihren Beitrag zum KAV-Kostenoptimierungsprogramm „Sound“.

3,4 Millionen Euro gingen damals an KPMG, für deren Deutschland-Filiale aktuell Ex-KAV-Direktor Udo Janßen tätig ist, wie dessen LinkedIn-Profil verrät. Aktuell ist KPMG laut KURIER-Informationen vor allem mit der Überführung des KAV in eine Anstalt öffentlichen Rechts beschäftigt. 1,6 Millionen Euro bekam Ebner Hohenauer.

Insgesamt gab der KAV für den damaligen Zeitraum 13,4 Millionen Euro für Beraterleistungen aus.

Die FPÖ will nun nachhaken und mit einer Serie von Anfragen doch noch in Erfahrung bringen, welche Firmen aktuell als Berater für den KAV tätig sind. Im Büro



GERHARD DEUTSCH

**„Die Steuerzahler haben ein Recht zu wissen, wer wie viel an externer Expertise für den KAV erhält.“**

Wolfgang Seidl  
FPÖ-Gesundheitssprecher

Hacker beharrt man aber darauf, die Namen nicht zu veröffentlichen: „Der Stadtrat orientiert sich nicht daran, wie dies vor einem Jahr gehandhabt wurde, sondern daran, was in solchen Fällen üblich ist“, sagt ein Sprecher.

Laut KURIER-Infos dürfe weiterhin Accenture gute

Geschäfte mit dem KAV und dessen Projekt „Sound“ machen. Demnach erhält die Beraterfirma für diverse Teilprojekte zwischen Februar 2018 und Dezember 2019 rund 10,3 Millionen Euro.

Und das, obwohl der Stadtrechnungshof zuletzt Kosten und Nutzen von „Sound“ massiv kritisiert hatte: Statt der erwarteten 150 bis 170 Millionen Euro konnten zwischen 2012 und 2016 nur knapp 30 Millionen Euro eingespart werden. Gleichzeitig explodierten die Beratungskosten von 11,6 Millionen Euro auf 29,4 Millionen Euro.

„Der Stadtrechnungshof hat zwar ‚Sound‘ kritisiert, aber nicht seine Einstellung gefordert“, sagt der Hacker-Sprecher. Deshalb werde das Projekt auch für 2018/19 weiter finanziert. Es werde deutlich mehr Einsparungen bringen, als es koste.

### Besuch von Experten

Auch auf internationaler Ebene weht dem Projekt weiter scharfer Wind entgegen. Vertreter von UNESCO und der ICOMOS (eine Nichtregierungsorganisation für Denkmalpflege) waren vergangene Woche auf Wien-Besuch und haben sich ein Bild von der Situation gemacht. Die Erkenntnisse werden nun seitens des Bundes zu einem Bericht verarbeitet, der Ende Jänner fertig sein soll.

Wie berichtet, wurde die Welterbestätte „Historisches Zentrum von Wien“ 2017 von der UNESCO auf die Rote Liste gesetzt. Damit brachte das Welterbekomitee seinen Unmut über die Höhe und Kubatur des Projekts – vor allem wegen des 66 Meter hohen Wohnturms – zum Ausdruck.

Der Gemeinderat hat dem Projekt vergangenen Sommer grünes Licht gegeben. Der Baubeginn ist derzeit für das Jahr 2021 angesetzt. – ANNA-MARIA BAUER

### SOZIALES

## „Rechtsanspruch auf Palliativversorgung“

**Sterbebegleitung.** Dachverband Hospiz fordert Finanzierung für letzten Lebensabschnitt

Welche Wünsche haben Menschen am Ende ihres Lebens? „80 Prozent wollen zu Hause sterben“, sagt Waltraud Klasnic, Vorsitzende des Dachverbands Hospiz Österreich. Dazu kämen die Wünsche, schmerzfrei und nicht allein zu sein. Diese können im Rahmen der Palliativ- und Hospizversorgung abseits von Krankenstationen derzeit vielfach nur durch Spenden erfüllt werden. Der Verband sowie Caritas und Diakonie fordern nun einmal mehr einen Rechtsanspruch auf die entsprechende Versorgung. In Deutschland ist dieser mittlerweile gesetzlich verankert.

„Niemand käme auf die Idee, für die Versorgung eines

gebrochenen Beines um Spenden zu bitten“, verdeutlicht Caritas-Präsident Michael Landau. Im stationären Hospiz- und Palliativbereich liegt der Versorgungsgrad bei 38 Prozent, im mobilen bei 79 Prozent.

Dazu gibt es je nach Bundesland unterschiedliche Finanzierungen und Angebote. „Eine abgestufte Palliativversorgung muss selbstverständlicher Teil der Pflegeversorgung in Österreich sein“, fordert Landau. Der Rechtsanspruch müsse im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung verankert werden.

Laut Klasnic würden für eine flächendeckende Versorgung 240 Millionen Euro

benötigt werden. „Das sind 0,6 Prozent des Gesundheitsbudgets“, rechnet sie vor. Derzeit würden 150 Millionen Euro aufgewendet – 40 Prozent davon seien Spenden.

### Prekär

Michael Heinisch, Geschäftsführer der Vinzenz Gruppe, die vier Palliativstationen und ein Hospiz betreibt, ist die Finanzierung im Hospizbereich besonders prekär. Zudem sei nicht einmal einheitlich geregelt, ob die Einrichtungen der Sterbebegleitung ins Gesundheitswesen oder den Sozialbereich fallen – was einen Unterschied etwa bei Selbsthalten der Patienten mache. Die Experten fordern die

Regierung nun auf, den Absichten, die sich in der Regierungserklärung finden, Taten folgen zu lassen.

Laut Gerald Schöpfer, Präsident des Österreichischen Roten Kreuz sterben rund 80.000 Menschen pro Jahr. Bei der Palliativversorgung und der Betreuung von Angehörigen kommt den Ehrenamtlichen eine große Bedeutung zu.

3500 Freiwillige leisteten im Vorjahr 400.000 unbezahlte Stunden Arbeit. Für sie brauche es ebenfalls eine Finanzierung. „Um 20 Ehrenamtliche zu koordinieren, braucht es eine halbtägig angestellte Kraft, das kostet 20.000 Euro“, sagt Schöpfer.



MARTINA KONRAD-MURPHY

**Viel Handlungsbedarf gibt es bei der Hospizbetreuung von Kindern**

Auch Aus- und Weiterbildung von sämtlichem Personal in Pflegeeinrichtungen sowie massive Investitionen in den Kinder- und Jugendbereich brauche es, sagen die Experten. So fehlten etwa zwei bis drei Kinderhospize im Land sowie Palliativbetten an

jeder Kinder- und Jugendabteilung im Spital. Da 70 Prozent der Menschen in Institutionen wie Pflegeheimen sterben, müssten auch einfache Zugänge zur Patientenverfügung ermöglicht werden, fordert daher Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser.